

Glaubwürdige Abschreckung

Donald Trumps neue Nuklearstrategie unterscheidet sich nicht wesentlich von der seines Vorgängers Obama. Sie stellt aber die veränderte Weltlage in Rechnung.

Von Karl-Heinz Kamp

Kombiniert man zwei Reizworte wie „Trump“ und „Atomwaffen“, so kann man sich extremer oder gar panischer Reaktionen sicher sein. So geschah es auch, als die Trump-Regierung jetzt nach acht Jahren eine neue amerikanische Nuklearstrategie – Nuclear Posture Review oder NPR genannt – veröffentlichte. Obgleich schon Teile der Strategie vorab an die Presse gelangt waren, fielen die Urteile so überrascht wie harsch aus. Nach Präsident Obamas Traum von der nuklearwaffenfreien Welt, so hieß es, beschaffe Donald Trump nun neue Atomwaffen, um diese auch einsetzen zu können. Der Vorwurf, Kernwaffen „nutzbarer“ machen zu wollen, wurde übrigens seit den Zeiten Ronald Reagans regelmäßig an die Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet. Andere glaubten sogar, in dem Dokument eine „Roadmap zum Nuklearkrieg“ erkennen zu können.

Betrachtet man den Nuclear Posture Review nüchtern, dann entdeckt man vor allem sehr viel Kontinuität zu den Vorgängerdokumenten. Auch Präsident Obama hatte sich längst von der Idee der weltweiten nuklearen Abrüstung verabschiedet, als er 2010 die letzte Nuklearstrategie autorisierte. Stattdessen beschloss die Obama-Regierung viele der Modernisierungen des nuklearen Arsenal der Vereinigten Staaten, die sich heute in dem aktuellen Dokument wiederfinden: die Folgemodelle für nuklear bewaffnete U-Boote der sogenannten „Ohio-Klasse“, den Ersatz der Trident-Atomraketen oder die Nachfolge für den B-52-Bomber, der nunmehr schon seit rund 65 Jahren im Dienst ist. Auch die hohen Kosten solcher Modernisierungen waren Obama sehr wohl bewusst.

In zweierlei Hinsicht unterscheidet sich die Strategie Trumps allerdings von der ihres Vorgängers: Zum einen zieht der aktuelle Nuclear Posture Review die grundlegenden Veränderungen der vergangenen Jahre in Betracht und zeichnet ein dunkleres, weil realistischeres Bild der aktuellen Weltlage. Russlands Aggression in Osteuropa, Chinas wirtschaftlicher, politischer und militärischer Aufstieg oder die nuklearen Krisenherde Iran und Nordkorea haben das Umfeld, in dem die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten agieren, erheblich verändert. Die Konkurrenz der echten oder vermeintlichen Großmächte ist zurück und beeinflusst die internationale Politik. Die Nato befindet sich wieder in der Artikel-5-Welt, in der Abschreckung – auch nukleare Abschreckung – zählt und mit glaubwürdigen militärischen Fähigkeiten untermauert werden muss. Damit befindet sich der Nuclear Posture Review auf gleicher Linie mit der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, die Washington im November letzten Jahres veröffentlicht hat. Kein Wunder also, dass die heftigste Kritik an der amerikanischen Sicherheitspolitik aus Moskau, Peking und Teheran kommt.

Der Schaden muss größer sein als der Nutzen

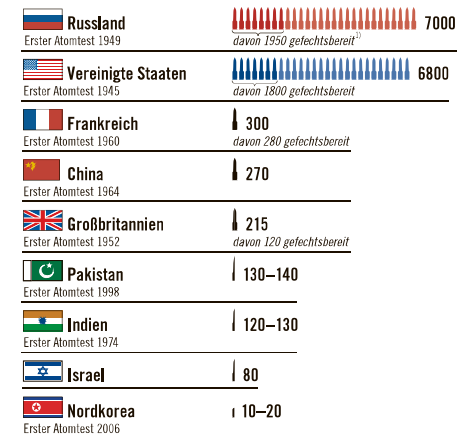
Zum anderen spiegelt der Nuclear Posture Review eine Rückkehr zum klassischen nuklearstrategischen Denken der Vereinigten Staaten wider. Dieses enthält zwei zentrale Elemente, die nicht immer leicht zu vermitteln sind. Erstens ist nukleare Abschreckung ein politisches Konzept zur Kriegsverhinderung, das aber militärisch glaubwürdig unterfüttert sein muss. Abschreckung ändert das Kosten-Nutzen-Kalkül eines potentiellen Angreifers, indem sie signalisiert, dass die Schäden für den Aggressor stets größer sein wer-



Trump's Nuklearstrategie dient auch als Motiv für den Mainzer Rosenmontagszug. Foto EPA

Nukleare Arsenale

14.900 Atomwaffen Sprengköpfe (Schätzungen für 2017)



1) Auf Flugkörpern montiert oder auf Militärbasen mit bereitstehenden Einsatzkräften stationiert. Quelle: SIPRI-Jahrbuch 2017. EA.Z.-Grafik Heumann

den als der Nutzen, den er sich von einem Angriff versprechen könnte. Wären Atomwaffen, wie oft fälschlich dargestellt, rein „politische“ Waffen, die nie eingesetzt werden dürfen, so könnten sie auch keinen Abschreckungseffekt erzeugen. Nuklearwaffen müssen also einsetzbar sein, um nicht eingesetzt werden zu müssen. An diesem unauflösbaren Dilemma stoßen sich verständlicherweise viele Kritiker einer auf Kernwaffen basierten Abschreckung.

Zweitens erfordert die Abschreckungslogik, dass der Politik möglichst viele militärische Handlungsoptionen zur Verfügung stehen sollten, um auf alle vorstellbaren Arten der Aggression abgestuft reagieren zu können. Statt allein auf den großen nuklearen Vergeltungsschlag zurückgreifen zu müssen, soll zumindest konzeptionell ein breites Spektrum nuklearer Einsatzmöglichkeiten – zu Lande, in der Luft oder auf See und mit unterschiedlich starken Waffen – vorhanden sein. Auch hier ist das Signal ein politisches: Ein Gegner soll sich nicht der Illusion hingeben, der Vergeltung zu entgehen, indem er mit seinen Maßnahmen unter einer bestimmten Schwelle der Kriegführung bleibt. Damit kann nukleare Abschreckung auch gegen nichtnukleare Bedrohungen, wie etwa den Einsatz chemischer und biologischer Waffen, wirken.

Die Abrüstung bleibt nicht auf der Strecke

Nun wird gerade in der deutschen Politik gefragt, ob bei so viel Abschreckungslogik nicht die Idee der Abrüstung auf der Strecke bleibt. Die Antwort lautet: Keinesfalls – der Nuclear Posture Review widmet ein eigenes Kapitel den Themen Rüstungskontrolle und nuklearer Nichtverbreitung. Allerdings wird auch die Rüstungskontrolle auf das realistisch Machbare zurückgeführt und den Erfordernissen der Sicherheitsvorsorge strategisch nachgeordnet. Anders formuliert: Es ist nicht erster Daseinszweck einer Nuklearwaffe, abgerüstet zu werden. Ihr Zweck ist stattdessen, Abschreckung und Rückversicherung zu bieten. Wenn Waffen diesem Zweck nicht mehr genügen oder überflüssig sind, sollten sie abgerüstet werden – entweder einseitig oder im Rahmen von Rüstungskontrollverträgen.

Wenn man also akzeptiert, dass Kernwaffen ein Faktor der internationalen Politik bleiben und das Konzept der nuklearen Abschreckung bei all den ihr innewohnenden Dilemmata einen Beitrag zur Kriegsverhinderung leisten kann, dann ist der neue Nuclear Posture Review ein durchaus schlüssiges Dokument. Ob Donald Trump ihn gelesen oder verstanden hat, mag dahingestellt bleiben. ■

Dr. Karl-Heinz Kamp ist der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin. Er gibt seine persönliche Meinung wieder.